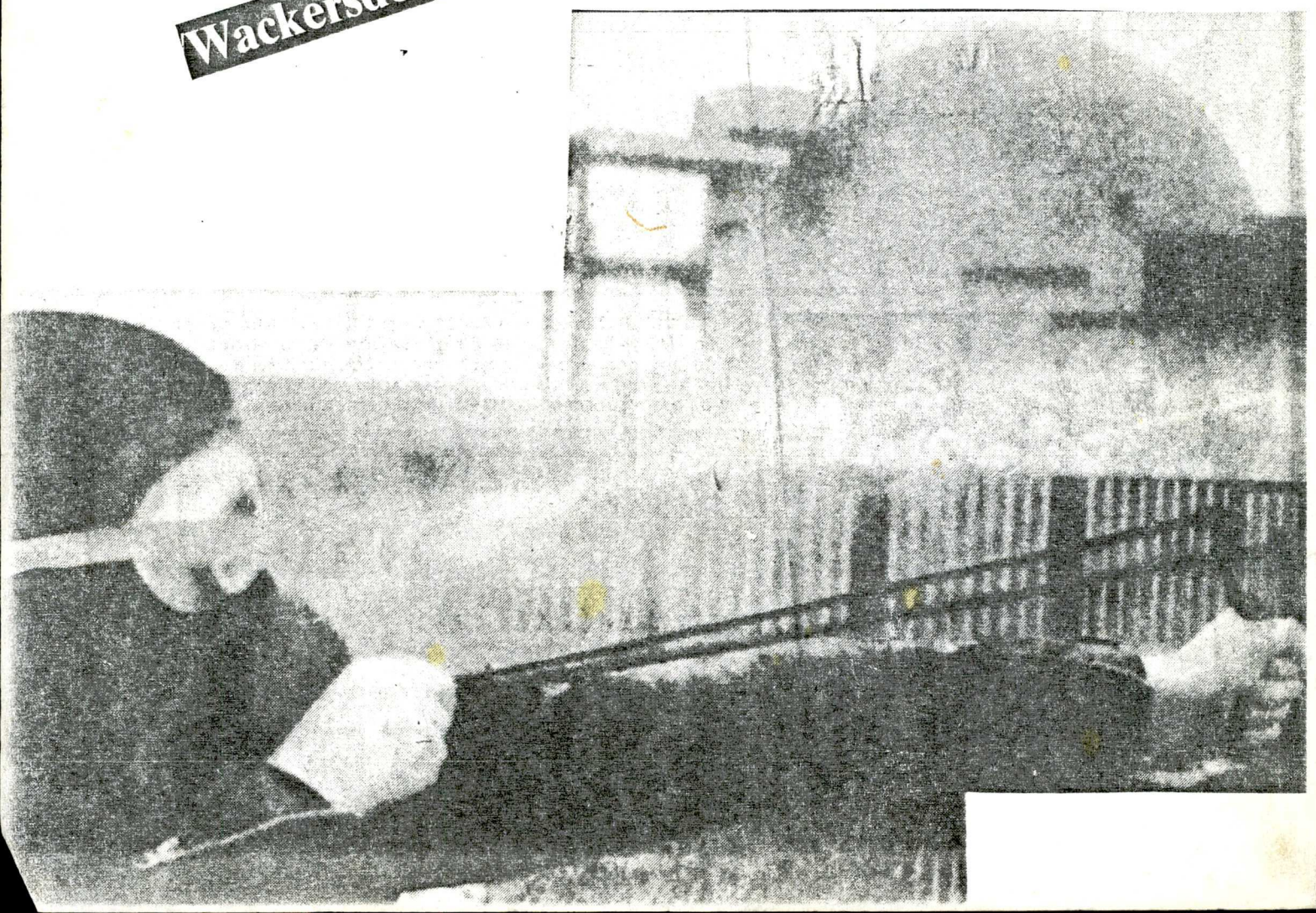


kopieren und weitergeben

Pressespiegel [★]

Brokdorf

Wackersdorf



Hillermeier will polizeifreien Raum nicht dulden

SPD für Rückzug auf reinen Objektschutz / „Einsatzleitung und Polizeiführung haben kläglich versagt“

Mittelbay. Zeitung

München (Iby). Die gewalttätigen Auseinandersetzungen um die atomare Wiederaufarbeitungsanlage (WAA) in Wackersdorf zu Pfingsten haben gestern erneut Parteienstreit aufkommen lassen. Innenminister Karl Hillermeier wies die „absurde Forderung“ des SPD-Landtagsabgeordneten Peter-Paul Gantzer zurück, daß sich die Polizei künftig in Wackersdorf auf den reinen Objektschutz beschränken soll. Gantzer hatte im Pressedienst seiner Partei dem Minister und der Polizeieinsatzleitung vorgeworfen, ihre Fürsorgepflicht für die ihnen anvertrauten Polizeibeamten sträflich verletzt zu haben. Die bayerischen Grünen bezeichneten den Innenminister als gegenwärtig „größtes Sicherheitsrisiko“ in Bayern.

Hillermeier versicherte zum Verlangen nach Objektschutz des Bauzaunes um das Gelände der geplanten Anlage, in Wackersdorf werde es keinen rechtsfreien oder polizeifreien Raum und kein Zurückweichen des Staates vor Rechtsbrechern geben. „Es ist und bleibt die Aufgabe der Polizei, Straftaten zu unterbinden und Straftäter festzunehmen.“ Gleichzeitig wies Hillermeier die „ungeheuerliche Unterstellung“ des früheren Bundesverfassungsrichters Martin Hirsch zurück, an den Ausschreitungen in Wackersdorf seien getarnte Polizisten beteiligt gewesen. Mit dieser Verdächtigung liefere Hirsch den Chaoten unverantwortlich Stichworte für die immer wieder zu hörenden „fadenscheinigen Ausreden und Rechtfertigungsversuche“. Hirsch beweise nur, daß er als Bundesverfassungsrichter fehl am Platze gewesen sei und er im Interesse des Ansehens des höchsten Gerichts besser daran täte, sich aus politischen Auseinandersetzungen herauszuhalten.

Der SPD-Abgeordnete Gantzer hielt es für unerklärlich und unentschuldigbar, daß zwei Hundertschaften der Polizei den sicheren Schutz des Bauzaunes verlassen und den Gewalttätern direkt gegenüberstehen mußten. „Die Einsatzleitung und die Polizeiführung im Innenministerium haben hier kläglich versagt.“ Die Staatsregierung habe mit ihrer harten polizeilichen Linie bewußt die Polizeibeamten in Lebensgefahr gebracht. Die Sicherheitsbehörden – so Gantzer weiter – hätten schon im Vorfeld erkennen können, daß Pfingsten 500 paramilitärisch ausgebildete und keinesfalls dem üblichen Erscheinungsbild von Demonstranten und Chaoten entsprechende Störer eintrafen. „Diese Leute sind auf die Auseinandersetzung mit der Polizei vorbereitet und programmiert gewesen.“ Es wäre zu einfach, sie nur mit dem Etikett „Linksextremisten“ zu versehen. „Hier handelte es sich um Kampfgruppen, die nach Art von Wehrsportgruppen ausgebildet und bestens bewaffnet waren.“ Der Einsatz von Reizgas wäre nach Meinung Gantzers vermeidbar gewesen. Unter der „schwachsinnigen Taktik“ hätten die jungen Polizeibeamten, aber auch viele friedliche Demonstranten, Frauen, Kinder und Sanitäter, zu leiden gehabt. „Damit ist die Grenze zur Unmenschlichkeit überschritten.“

nungsbild von Demonstranten und Chaoten entsprechende Störer eintrafen. „Diese Leute sind auf die Auseinandersetzung mit der Polizei vor-

bereitet und programmiert gewesen.“ Es wäre zu einfach, sie nur mit dem Etikett „Linksextremisten“ zu versehen. „Hier handelte es sich um Kampfgruppen, die nach Art von Wehrsportgruppen ausgebildet und bestens bewaffnet waren.“ Der Einsatz von Reizgas wäre nach Meinung Gantzers vermeidbar gewesen. Unter der „schwachsinnigen Taktik“ hätten die jungen Polizeibeamten, aber auch viele friedliche Demonstranten, Frauen, Kinder und Sanitäter, zu leiden gehabt. „Damit ist die Grenze zur Unmenschlichkeit überschritten.“

Junge Union wirft ihm Fehler in der Polizeiführung bei WAA-Einsatz vor
Hillermeier attackiert
 Die Landesversammlung des CSU-Nachwuchses fordert deutlich verjüngtes Kabinett
 NN 26.5.86

GARMISCH-PARTENKIRCHEN – Die Junge Union (JU) hat Innenminister Karl Hillermeier wegen des Polizeieinsatzes am Pfingstwochenende in Wackersdorf scharf kritisiert.

Verbittert beklagte der CSU-Nachwuchs auf der Landesversammlung in Garmisch-Partenkirchen, junge Polizeibeamte seien am Bauzaun der atomaren Wiederaufarbeitungsanlage (WAA) durch Fehler „von oben“ regelrecht verheizt worden.

Dem Innenminister hatten Delegierte reihenweise „Peinlichkeiten und Fehler“ in der Polizeiführung bei den blutigen Auseinandersetzungen in Wackersdorf vorgehalten. Über zwei Stunden lang versuchten sie dies mit genauen Kenntnissen von Einsatzdetails und unter Berufung auf junge Polizisten zu belegen. So habe der Bundesgrenzschutz (BGS) bedrängten Beamten nicht zu Hilfe eilen können, „weil er die Polizeistation nicht gefunden hat“. „Gebt den Herren mit den schweren Schulterstücken mal ein paar Landkreiskarten“, rief das Schwandorfer Landesvorstandsmitglied Wolfgang Reil unter großem Beifall.

Oberpfälzer Delegierte warfen der CSU-Regierung aber auch mangelndes Verständnis für den in der einheimischen Bevölkerung festverankerten Widerstand gegen die WAA vor. Daher komme es immer wieder zu Solidarisationen mit den kriminellen Gewalttätern. „Im Landkreis Schwandorf existiert der Rechtsstaat nicht mehr.“ Die CSU könne keine Veranstaltung mehr ungestört durchführen. Polizeischutz aber gebe es nur, wenn Minister anreisten.

Nützliche Idioten

Hillermeier verteidigte den Polizeieinsatz. Bürgern, die Chaoten Unterstützung und Unterschlupf gewährten, würden zu „nützlichen Idioten“ derer, die diesen Staat kippen und lächerlich machen wollten. Aus dem blutigen Wochenende werde man aber auch Konsequenzen ziehen. Hillermeier erwähnte die vorgesehene Rodung am Bauzaun. Die Lage werde aber in Zukunft nicht viel einfacher werden. So habe Bundesinnenminister Friedrich Zimmermann mitgeteilt, daß der BGS für solche Einsätze „nur noch in begrenzten Ausnahmefällen“ zur Verfügung stehen könne.

Wesentlich freundlicher ging die JU mit Bundeskanzler Helmut Kohl um, der erstmals auf einer Landesversammlung der Jungen Union Bayern fast drei Stunden mit dem Parteiennachwuchs debattierte. Zwar wurde die Informationspolitik der Bundesregierung nach der sowjetischen Reaktorkatastrophe teilweise heftig kritisiert, die Kernenergiepolitik der Bundesregierung und der Bau der WAA wurden während dieser Diskussion nur von einer kleinen Minderheit der Delegierten offen in Frage gestellt.

Der CDU-Chef betonte, die WAA berühre ein Kernproblem der wirtschaftlichen Existenz der Bundesrepublik. Er stehe zur Entscheidung für das Atomprojekt.

Regensburger Polizeipräsident nach Pfingstkrawallen abgelöst

NZ 9.6.86

Vielen CSU-Politikern ist der staatliche

FR Einsatz in Wackersdorf nicht hart
7.6.86 genug

„Man kann leichter ein eingeseiftes Schwein am Schwanz festhalten“, so äußerte sich in dieser Woche der Schwandorfer CSU-Landtagsabgeordnete Manfred Humbs gerne gegenüber Journalisten, „als einen Lebenszeitbeamten aus seiner Stellung bringen.“ Inzwischen ist das gründlich vorbereitete, massiv betriebene Kunststück gelungen.

Hermann Friker (52), bisher oft Einsatzleiter der Sicherheitskräfte im Taxöldener Forst bei Wackersdorf, ist seit Donnerstagabend nicht mehr Polizeipräsident von Niederbayern und der Oberpfalz. Der intellektuelle Beamte, der in seiner Einsatzuniform etwa so wirkt, als wenn sich ein Wirtschaftsführer in einen Overall gezwungen hätte, nimmt jetzt Freizeitausgleich und wartet an seinem Regensburger Präsidiumsschreibtisch sitzend ab, was Innenminister Karl Hillermeier (CSU) über seine weitere Verwendung beschließen wird.

Strauß kritisierte Ex-Polizeichef Friker

Schwere Vorwürfe

Persönliche Führungsfehler am WAA-Gelände angelastet

MÜNCHEN. — Mit schweren persönlichen Führungsfehlern und einer langen Liste von Vorwürfen hat Ministerpräsident und CSU-Chef Franz Josef Strauß die Ablösung des für die Einsätze in Wackersdorf verantwortlichen Polizeipräsidenten von Niederbayern und der Oberpfalz, Hermann Friker (52), erstmals auch öffentlich begründet.

Vor der Landesversammlung des CSU-Arbeitskreises Polizei in München kündigte Strauß außerdem einen härteren Zugriff auf gewalttätige Demonstranten und eine baldige Verstärkung der bayerischen Polizei an, die wegen der verschärften Auseinandersetzungen um die atomare Wiederaufarbeitungsanlage (WAA) mindestens für die nächsten zehn Jahre nötig sein werde.

Im einzelnen lastete Strauß dem am Donnerstag abgesetzten Polizeichef noch nachträglich die „wochenlange Duldung“ von Hüttendörfern im WAA-Gelände über Weihnachten, aber auch ungenügenden Schutz für massiv gestörte CSU-Veranstaltungen in der Oberpfalz an. Bei den blutigen Pfingstkrawallen um die WAA sei die „zum Schutz der Beamten geforderte offensive Polizeitaktik“ schließlich „nur äußerst halbherzig“ in die Tat umgesetzt worden.

Den Polizisten, die in Wackersdorf ihren Kopf nicht für die „Pyramiden der bayerischen Staatsregierung“, sondern für den Rechtsstaat hinhalten müßten, habe es an „sachlich einwandfreier und verständnisvoller Führung“ gefehlt. Strauß schränkte ein, Friker sei „sicherlich ein pflichtbewußter und tüchtiger Beamter“. Aber auch er, Strauß, wäre als „begabter Historiker wohl ein schlechter Chirurg“ geworden. Das Innenministerium hatte jede Stellungnahme zur Ablösung Frikers nach zehn Jahren im Amt — der ersten dieser Art seit 1945 in Bayern — abgelehnt.

Nachdrücklich verteidigte der CSU-Chef den Einsatz von CS-Reizgas gegen gewalttätige Demonstranten. Probleme gebe es allerdings mit einigen Bundesländern, die ihre Wasserwerfer dafür in Wackersdorf nicht zur Verfügung stellen wollten. Andere Distanzmittel aber stünden der Polizei nicht zur Verfügung.

die Polizeigewerkschaft im Deutschen Beamtenbund (PDB) beklagte, daß Strafrechtsverschärfungen bislang „am Bremsklotz FDP“ gescheitert seien. Vorsitzender Gerhard Vogler berichtete, daß rund 100 Polizeibeamte nach den schweren Ausschreitungen bei Wackersdorf bereits den Dienst quittiert hätten. Der Unmut in den eigenen Reihen gehe inzwischen so weit, daß er „sehr bald in einer Verweigerung unzumutbarer, lebensgefährlicher Einsätze deutlich werden könnte“. Die eingesetzten Beamten seien von einigen „maßgeblichen Politikern maßlos ent-

Polizeibeamte klagen:

NN
16.6.86

Kaum noch Freizeit

täuscht und verbittert“, die Bundesregierung verhindere durch „anhaltende Entschlußlosigkeit“ eine Verschärfung des Demonstrationsrechts.

Wegen der WAA-Einsätze nur noch ein freies Wochenende pro Monat / Verstärkung gefordert

Polizei zeigt „organisierte Horden“ im Film

Öffentlichkeit soll „Chaoten“ sehen — Veranstaltung in Regensburg geplant /

Mittelbay.
Zeitung
30.5.86

Regensburg (hw). Die Polizei will den Videofilm, den sie während der Krawalle am Bauzaun der atomaren Wiederaufarbeitungsanlage (WAA) drehte, der Öffentlichkeit in Regensburg zugänglich machen. Die Anregung dafür gab MdL Dr. Günther Beckstein beim Regionalarbeitskreis „Polizei“ in der CSU, der sich im Kolpinghaus zur Regionalversammlung traf. Im Film sind jene „organisierten Horden von Gewalttätern“ zu sehen, die ihre Angriffe „ganz systematisch auf Polizeibeamte“ richten, so Dr. Beckstein in seinem Referat über die gewalttätigen Anti-WAA-Demonstrationen der letzten Wochen. Der Film — Teil einer geplanten Veranstaltung mit dem Arbeitstitel „Wie finden WAA-Gegner und Polizeibeamte ein richtiges Verhältnis zueinander?“ — soll zeigen, wie „Chaoten“ den friedlichen Protest gegen die WAA für ihr Losschlagen mißbrauchen und auf angemessene Menschenkulisse angewiesen sind.

■ „Wenn es gewalttätig wird, geh' ich we. Diese Maxime legte der Referent allen friedlichen WAA-Gegnern ans Herz und warnte Elter mit kleinen Kindern, Rollstuhlfahrer und andere in ihrem Radius gehemmte Demonstranten, sie in die Nähe des „schwarzen Blocks“ zu begeben. Was die polizeilichen Möglichkeiten zur Abwehr krimineller WAA-Gegner angeht, forderte Dr. Beckstein den Einsatz des großen Wasserwerfers 91 und von Reizstoff. Es gelte, der Einsatzkonzeption „Bewußt auf Distanz gehen“ Geltung zu verschaffen, um hochgehende Emotionen zu dämpfen. „Ich bin froh, daß der Bürger das nicht miterlebt“, kam der Abgeordnete auf das Thema Pfingsttage am WAA-Bauzaun zu sprechen und sprach davon, daß ein Polizist nicht die WAA sondern den Rechtsstaat verteidige.

Hohe Strafen verlangt

Generalbundesanwalt für schärfere Vorschriften – Demonstrationsstrafrecht soll bleiben

HAMBURG – Generalbundesanwalt Kurt Rebmann hat nach den gewalttätigen Auseinandersetzungen zwischen Polizei und militanten Demonstranten am Pfingstwochenende in Wackersdorf den unnachgiebigen und kompromißlosen Einsatz rechtsstaatlicher Mittel gegen Chaoten verlangt.

Ein Vermummungsverbot, die Änderung der Strafvorschrift gegen Landfriedensbruch, Haftbefehle gegen die Straftäter und schnelle Bestrafung mit hoher Sanktion seien nicht antiliberal, meinte er in einem Gespräch mit der Deutschen Presse-Agentur. Man brauche gegenwärtig jedoch keine Verschärfung des Demonstrationsstrafrechts, sondern schärfere Vorschriften gegen das heutige „anarchistische Faustrecht“.

Rebmann warnte aber davor, nun etwas zu überstürzen. Bei weiteren gravierenden Gewalttaten durch Vermummte müsse erneut geprüft werden, ob nicht die Vermummung bei politischen Veranstaltungen oder Demonstrationen voraussetzungslos mit relativ hohen Strafen bedroht werden soll. Dadurch bestehe die Chance, kriminelle Vereinigungen frühzeitig zu erkennen, die „unter dem Deckmantel angeblicher Umweltprobleme“ schwere Straftaten begingen. Die „Chaoten von Wackersdorf“ bilden in seinen Augen ein mögliches personelles Reservoir der „Roten-Armee-Fraktion“ und der „Revolutionären Zellen“.

Die Polizeigewerkschaft im Deutschen Beamtenbund hat an alle Politiker appelliert, „sofort mit dem Lamentieren und wahltaktischen Äußerungen aufzuhören und der Polizei die Mittel an die Hand zu geben, um zu verhindern, daß der Mob der Straße über die Zukunft unseres Landes entscheidet“. Vor allem müsse die „größte innenpolitische Fehlleistung der Nachkriegszeit sofort korrigiert, das heißt der Tatbestand des Landfriedensbruchs auf seinen alten Zustand zurückgeführt werden“.

Vor dem Hintergrund der Ausschreitungen in Wackersdorf:

BAYERN

Mittelbayrische Zeitung 2.6.86

Kabinett will Vermummung unter Strafe stellen

Ministerrat für schärfere Gesetze / Gegebenenfalls Alleingang / FDP fordert den Rücktritt Hillermeiers

München (lby). Der politische Streit um die blutigen Pfingstkrawalle am Bauzaun der atomaren Wiederaufarbeitungsanlage (WAA) ging auch gestern weiter. Bayerns FDP-Chef Manfred Brunner forderte den Rücktritt von Innenminister Karl Hillermeier, der wegen des Polizeieinsatzes am Pfingstwochenende ebenfalls unter heftigen Beschuß der bayerischen Jungen Union (JU) geraten war. Das Kabinett verteidigte dagegen die Polizeimaßnahmen und kündigte neue Sicherheitsvorkehrungen an. So soll in einem erweiterten Sicherheitsstreifen um das WAA-Gelände parallel zum Bauzaun nun ein breiter Sicherheitsgraben ausgehoben werden. (Siehe hierzu Bericht auf unserer Regionseite!)

• Der Ministerrat stimmte Hillermeiers Vorschlag einer beschleunigten Entwicklung und Einführung von Distanz-Wurfgeschossen zu. Bayern werde die Gummigeschoße, die auf eine Entfernung von rund 60 Metern einen Angreifer stoppen sollen, gegebenenfalls im Alleingang einführen. Außerdem sprach sich der Ministerrat nach einer Mitteilung der Staatskanzlei für einen Meldedienst „Landfriedensbruch und verwandte Straftaten“ aus, plädierte dafür, die Vermummung und die passive Bewaffnung unter Strafe zu stellen. Weiter verlangte das Kabinett die Wiedereinführung des Landfriedensbruchsparagrafen, wie er vor 1970 bestand. Zur Kenntnis nahm das Kabinett Personalwünsche

Hillermeiers für den zweiten Nachtragshaushalt 1986. Der Innenminister will sowohl die Bereitschaftspolizei wie die Polizei im Bereich Amberg verstärken.

• Zur Rücktrittsforderung der FDP meinte Hillermeier, er könne sie nicht Ernst nehmen. Der CSU-Politiker warf der FDP „pure Heuchelei“ vor, wenn sie die geringe Zahl von festgenommenen Gewalttätern im Vergleich zu der hohen Zahl von 187 verletzten Polizeibeamten in Wackersdorf beklage. Gerade die Liberalen hätten alles getan, um das gesetzliche Instrumentarium zur Verteidigung des Rechtsstaats gegen Gewalttäter „gründlich zu verwässern“.

JU: Polizisten zahlen Zeche für Führungsmängel

• Brunner hatte seine Forderung mit einem „Führungsversagen“ Hillermeiers begründet. „Der Polizei wäre mit einem Wechsel im Innenministerium gedient“, meinte der FDP-Chef und präsentierte als Wunschkandidaten den früheren Münchner Polizeipräsidenten und jetzigen Bonner Ministerialdirektor Manfred Schreiber. Hillermeier sollte statt dessen in das freierwerbende Sozialressort wechseln. Dessen Amtsinhaber Franz Neubauer will nach der Landtagswahl am 12. Oktober Präsident des Sparkassen- und Giroverbands werden.

• Die Junge Union hat dagegen ihre Kritik an Hillermeier abermals unterstrichen. Über die Zurechtweisung durch den Innenminister zeigte sich der Oberpfälzer JU-Bezirksvorsitzende Jakob Landgraf „enttäuscht und verärgert“. Statt schwammiger Presseklärungen erwarte die JU personelle und organisatorische Konsequenzen, sagte Landgraf in Schwandorf. „Der Oberpfälzer Bevölkerung, die allmählich den Glauben an den Rechtsstaat verliert, ist wenig geneigt, mit hochbezahlten Polizeioffizieren die

zwar das Fangen von Autodieben in München beherrschen, gegen Gewalttäter in Wackersdorf aber fast hilflos sind.“

• Das Kabinett forderte erneut alle friedlichen und besonnenen Bürger auf, sich „nicht nur geistig, sondern auch räumlich weit von den Chaoten zu distanzieren“. Bei den Auseinandersetzungen am Pfingstwochenende sei ein Sachschaden von einer Million Mark entstanden. Die Zahl der militanten Chaoten dort schätzte die Polizei auf rund 1000.

Staatsregierung stärkte Innenminister den Rücken und kündigte neue Sicherheitsmaßnahmen für die Polizei

Pufferzone am WAA-Zaun wird breiter

Verständlern soll jede Deckung entzogen werden — FDP-Landesvorsitzender fordert mit der JU Hillermeiers Rücktritt

MÜNCHEN — Der politische Streit um die Pfingstkrawalle am Bauzaun der atomaren Wiederaufarbeitungsanlage (WAA) ging am Dienstag weiter. Bayerns FDP-Chef Manfred Brunner forderte den Rücktritt von Innenminister Karl Hillermeier, der wegen des Polizeieinsatzes am Pfingstwochenende ebenfalls unter heftigen Beschuß der bayerischen Grünen Union (JU) geraten war. Das Kabinett verteidigte dagegen die Polizeimaßnahmen und kündigte neue Sicherheitsvorkehrungen an.

So soll aus „Sicherheitsgründen“, wie es gestern aus dem Regensburger Polizeipräsidium heißt, ein weiterer Streifen um das Baugelände im Exdolder Forst gerodet werden. Außerdem soll das Gelände vor dem Zaun planiert, damit die militanten Gegner des Projekts bei ihrem Vorrücken gegen die Bastion keinen Schutz etwa hinter Erdhügeln mehr finden können. Diese „Niveauangleichung“ soll vor allem entlang der südlichen Hälfte des Bauzauns erfolgen. . . .

Im Alleingang

Hillermeier hatte die Schaffung eines freien Geländes angekündigt, um damit Gewalttätern am Sicherheitszaun um das Baugelände das Werfen von Gegenständen und Untertauchen im Wald zu erschweren. Die „Eskalation der Auseinandersetzungen“ hätte nach Schuierers Ansicht vermieden werden können, wenn nicht ständig schwerwiegende Fehler in der politischen Führung der Polizei gemacht würden. Er werde keine Rodungen genehmigen, aber er werde dadurch nichts verhindern können, da Hillermeier sich dann, wie angekündigt, auf das Polizeiaufgabengesetz stützen werde, „mit dem man alles machen kann“, sagte Schuierer.

Der Ministerrat stimmte auch Hillermeiers Vorschlag einer beschleunigten Entwicklung und Einführung von Distanz-Wurfgeschossen zu. Bayern werde die Gummigeschosse, die auf eine Entfernung von 60 Metern einen Angreifer stoppen sollen, gegebenenfalls im Alleingang einführen.

Außerdem sprach sich der Ministerrat für einen Meldedienst „Landfriedensbruch und verwandte Straftaten“ aus, plädierte dafür, die Verwundung und die passive Bewaffnung unter Strafe zu stellen. Weiter verlangte das Kabinett die Wiedereinführung des Landfriedensbruchsparagraphen, wie er vor 1970 bestand. Zur Kenntnis nahm das Kabinett Personalwünsche Hillermeiers für den zweiten Nachtragshaushalt 1986. Der Innenminister will sowohl die Bereitschafts-polizei wie die Polizei im Bereich Amberg verstärken.

Zur Rücktrittsforderung der FDP meinte der Minister, er könne sie nicht ernst nehmen. Der CSU-Politiker warf der FDP „pure Heuchelei“ vor, wenn sie die geringe Zahl von festgenommenen Gewalttätern im Vergleich zu der hohen Zahl von 187 verletzten Polizeibeamten in Wackersdorf beklage. Gerade die Liberalen hätten alles getan, um das gesetzliche Instrumentarium zur Verteidigung des Rechtsstaats gegen Gewalttäter „gründlich zu verwässern“.

U will in Wackersdorf „Flagge zeigen“

Uwe Gellert: Hillermeier wird „rechts überholt“ / Innenminister warnt vor „jammernder Kritik“

München/Wackersdorf (lby). Mit einer Veranstaltung unter dem Motto „Nein zu Tschernobyl — Ja zur WAA“ will die bayerische Junge Union (JU) am 13. Juni in Wackersdorf ihr Verbot erhalten am Bau der umstrittenen atomaren Wiederaufarbeitungsanlage unterstreichen. „Gerade in Wackersdorf müssen wir politisch Flagge zeigen“, heißt es in der Einladung zur „Besichtigung des WAA-Geländes“ mit anschließender Diskussion.

Daran sollen der bayerische Justizminister Uwe Gellert und CSU-Bezirksvorsitzende der Oberpfalz, August Lang, und die Abgeordneten Dionys Jobst und Manfred Humbs teilnehmen. Die bayerischen Jungsozialisten haben ge-

stern dem CSU-Nachwuchs vorgeworfen, der Verschärfung des „Bürgerkrieges“ in der Oberpfalz und dem „Ausbau des Polizeistaates“ das Wort zu reden. Die JU hatte auf ihrer Landesversammlung wegen des Polizeieinsatzes am Pfingstwochenende in Wackersdorf Bayerns Innenminister Karl Hillermeier scharf kritisiert.

MBZ 27.5.86

Hillermeier selbst wies in einer Erklärung die Vorwürfe der CSU-Nachwuchsorganisation erneut zurück. Der Schwandorfer JU-Funktionär Wolfgang Reil hätte sich seine „jammernde Kritik“ sparen und statt dessen besser dazu beitragen sollen, das eigentliche Problem der Polizei in Wackersdorf zu lösen, wehrt sich der CSU-Politiker. Dies bestehe aus der stets vorhandenen „Riesenkulisse von Tausenden von Leuten“, die den kriminellen Gewalttätern den Rückzug ermöglichen. Alle entsprechenden Aufrufe fruchteten offenbar bei der örtlichen Bevölkerung in der Oberpfalz nichts, zeigte sich Hillermeier enttäuscht. Hier habe die JU eine „echte Aufgabe“.

Aufträge zum Ausbau der WAA-Infrastruktur

Oberpfälzer Firmen bedacht / Störfallanalysen sollen Bauzeit nicht verlängern / Hinweis auf „Befehlslage“

Schwandorf (el/ap). Aufträge in Millionenhöhe vergab erneut die Deutsche Gesellschaft zur Wiederaufarbeitung von Kernbrennstoffen (DWK): Ein Volumen von ungefähr fünf Millionen entfällt an Firmen aus der Oberpfalz zur Errichtung einer Feuerlösch-Ringleitung und mehrerer Hauptstraßen. Dies wurde in Wackersdorf bei einer Pressekonferenz mit knapp 20 Vertretern der bayerischen Landtagspresse gestern bekannt. Mit dem Abschluß der umfangreichen Erdarbeiten soll der Anfang der Infrastruktur am Baugelände der WAA gemacht werden.

Von den bisher vergebenen Aufträgen in Höhe von 36 Millionen Mark gingen rund 27 Millionen Mark an einheimische Unternehmen. Etwa einhalb Millionen Mark wurden für die Durchführung verschiedener Genehmigungsverfahren zur Verfügung gestellt. Außerdem sollen damit hydrologische Untersuchungen und Feststellungen zur ökologischen Beweissicherung finanziert werden.

MBZ 27.5.86

Die Kernkraft als neues Angriffsziel

NN

28.5.86

Nürnberg: Gewaltiges Protestpotential in diesem Bereich – Zunehmende Gewalttätigkeit

NÜRNBERG – Der „Kampf“ gegen die Nutzung der Kernenergie ist nach Auffassung des Präsidenten des Bundeskriminalamts (BKA), Heinrich Boge, ein neuer Schwerpunkt linksextremistischer Aktivitäten.

Vor der Industrie- und Handelskammer in Nürnberg sagte er in einem Vortrag zur „terroristischen Bedrohung der deutschen Wirtschaft“, seit zirka drei Jahren sei die Konzentrierung eines gewalttätigen Protestpotentials in diesem Bereich zu erkennen. Zunächst sei das geplante Zwischenlager für atomare Brennelemente in Gorleben Ziel von Brandanschlägen auf Fahrzeuge, Maschinen und sonstiges Gerät von am Bau beteiligten Firmen gewesen. Die militanten Gruppierungen seien aber noch weitergegangen: „Sie unterbrachen Stromleitungen, blockierten Zufahrtsstraßen und versuchten, den Bahnverkehr von und zum Zwischenlager lahmzulegen.“ In den letzten Monaten habe sich eine neue Qualität entwickelt: Die „Strafaktionen“ seien auch auf Zulieferfirmen und Forschungsinstitute ausgeweitet worden, sagte Boge.

Die Aktionen gewalttätiger Kernkraftgegner gegen die geplante Wiederaufarbeitungsanlage bei Wackersdorf bestätigt nach Meinung des BKA-Präsidenten die Befürchtungen seiner Behörde. Die schweren Ausschreitungen an Ostern und besonders zu Pfingsten hätten deutlich gemacht, welche Massen aus dem ganzen Bundesgebiet zu mobilisieren seien. Die Kriminalisierung schreite weiter fort. Jeden Tag käme es zu Angriffen auf Polizeibeamte, auf sonstige technische Einrichtungen, zum Teil auch mit Schusswaffen.

Die bisherige Entwicklung zeige deutlich, so Boge, daß sich die militanten Kernkraftgegner nicht mehr nur auf die Verhinderung oder Verzögerung neuer Bauvorhaben beschränkten. „Ihnen geht es darum“, sagte er, „den Betrieb der existierenden Anlagen langfristig unmöglich und die Gegend entlang der Transportstrecke zum Feindesland für die Betreiber zu machen.“

Eine permanente und lückenlose Bewachung aller potentiell gefährdeten Unternehmen angesichts der zunehmenden Gewalttätigkeit sowohl im Kernkraft- als auch im sonstigen terroristischen Bereich bezeichnete der BKA-Chef als „illusorisches Unterfangen“. Es sei zu aufwendig. Er riet dazu, die technischen Selbstschutzmaßnahmen auszubauen, den Werksschutz zu verstärken und intensiver zu schulen und alle Mitarbeiter im Hinblick auf Gefährdungsmomente zu sensibilisieren.

Wieder Brandanschlag auf Baustelle nahe der WAA

NÜRNBERG – Begleitet wurde die deutsch-österreichische Anti-WAA-Kundgebung in Schwandorf am Wochenende von einer Reihe Demonstrationen in verschiedenen Städten Bayerns und einem Brandanschlag, bei dem 100 000 bis 200 000 Mark Schaden entstand.

Auf einer Brückenbaustelle zwischen den Ortschaften Bodenwöhr und Taxöldern setzten unbekannte Täter eine Baracke und einen Bagger in Brand. Sowohl die Baubude wie der Bagger wurden zerstört, noch bevor die Feuerwehr eingreifen konnte. Da die Attentäter auch Hydraulik- und Treibstoffleitungen an den Baumaschinen durchschnitten, verunreinigte das auslaufende Öl den Boden.

NN

2.6.86

Die WAA-Gegner beklagen jetzt „Polizei-Terror“

WACKERSDORF – Von der Polizei „terrorisiert“ fühlen sich die Demonstranten gegen die WAA im Schwandorfer Raum, die nach der Auflösung ihres Pfingstzeltlagers in Scheunen von Bauern und Privatquartieren der Umgebung Unterschlupf gefunden haben. „Nachdem die friedlichen Demonstrationen die Baumaschinen nicht zum Stillstand gebracht haben, mußten wir zu anderen Mitteln greifen“, erklärte die Sprecherin des „Informationsbüros Wackerland“.

Die Widerständler scheinen indes keine Ruhe zu finden. In der Nacht zum Freitag, so berichteten sie, sei ein mit einem Polizeibeamten in Zivil besetzter Personenwagen auf einen jungen Mann losgefahren, der sich noch in Sicherheit bringen konnte, auf der Flucht aber stürzte und sich dabei erheblich verletzt habe. Ein anderer WAA-Gegner sei von einer Zivilstreife gestellt und mit einem Knüppel „blindwütig niedergeschlagen“ worden.

Überhaupt, so meldete das Info-Büro der Demonstranten weiter, führe die Polizei im Landkreis Schwandorf seit letztem Montag ununterbrochen Personen- und Fahrzeugkontrollen auf Straßen aller Rangordnung durch. Ein Gastwirt und Bauer aus Neuschwand sei mit seinem Traktor auf dem zwei Kilometer langen Weg zu seinem Acker achtmal von Beamten kontrolliert worden. „De facto“, so meinte einer der WAA-Gegner, „hat man über dieses Gebiet bereits den Ausnahmezustand verhängt.“

Trotzdem wollen sich die meist jungen Leute, die sich rund um den Taxölderner Forst verbergen, nicht entmutigen lassen. Sie treffen sich weiterhin zu Kommunikations- und Diskussionsrunden, die sie „Arbeitskreise“ nennen – freilich an geheimen Orten. Vor allem aber rufen sie Gesinnungsfreunde auf, die jetzt erst Spätfolgen des Reizgaseinsatzes am WAA-Bauzaun verspüren, sich telefonisch im Info-Büro in Altenschwand zu melden. Die Nummer: (0 94 34) 33 68. Das Telefon freilich hat seit zwei Tagen seine Tücken: „Bei jedem Anruf wird die Stimme des Gesprächspartners allmählich schwächer bis zur Unhörbarkeit“, erklärte eine Sprecherin. Auch dahinter vermuten die WAA-Gegner Störaktionen der Polizei.

Anschlag auf Polizeiinspektion

Als Aktion aus den Reihen der Anti-WAA-Front wird ein neuer Brandanschlag auf die Polizeiinspektion in Neunburg vorm Wald gewertet. Nachts gegen 3.30 Uhr wurden durch ein Fenster des Polizeigebäudes und das einer Doppelgarage sogenannte Molotowcocktails geworfen. Menschen wurden nicht verletzt, doch wird der Schaden auf 20 000 bis 25 000 Mark geschätzt. Der in die Garage geworfene Brandsatz ließ einen Polizei-Kleinbus in Flammen aufgehen und beschädigte ein weiteres Dienstfahrzeug.

In der gleichen Nacht wurden in der Nähe von Kölbldorf bei Bodenwöhr zwei Starkstrommaste angesägt und damit die Elektrizitätsversorgung eines größeren Gebietes lahmgelegt. Nach Angaben eines Polizeisprechers waren nahezu 10 000 Menschen über drei Stunden ohne Strom. fr.

Ausschreitungen gehen weiter

Kernenergie um den Preis einer Wahlniederlage?

Die CSU und die Polizeitaktik um Wackersdorf

FAZ 12.6.86

MÜNCHEN, 11. Juni

Die massenpsychologische Situation in der Oberpfalz sollte nicht nur die CSU beunruhigen, sondern jeden rechtlich denkenden Menschen in der Bundesrepublik. Für jene Gewalttäter, die viel zu raffiniert, routiniert und diszipliniert sind, als daß sie die Bezeichnung „Chaoten“ verdient hätten, empfinden im Umkreis des Wackersdorfer Bauplatzes Tausende von braven, biederen Bürgern Bewunderung, ja Sympathie. Die Verwirrung der Geister geht mittlerweile so weit, daß die vermummten Gestalten, die sich Körperverletzungen und Sachbeschädigungen zuschulden kommen lassen, unter anderem als hilfsbereit gelten. Tief gerührt erzählen Wackersdorfer Sonntagsspaziergänger, im Augenblick der Not, als sie das Reizgas der Polizei in den Augen und den Atemwegen hatten und nach Wasser verlangten, hätten ihnen „die sogenannten Chaoten“ Wasser aus der Feldflasche gereicht.

Die Polizei schützt in Wackersdorf den Bauzaun und vor allem sich selbst. Am Pfingstmontag war die verkehrte Welt perfekt: Eine ganze Einheit schrie um Hilfe. Im Landkreis Schwandorf erzählt es einer dem anderen, wie Polizisten Fersengeld gaben und „wie die Hasen übers Feld liefen“. Die Frage, ob der Rechtsstaat stark sein solle oder nicht, wird weniger diskutiert als die durch eigene Beobachtungen aufgeworfene, ob nämlich der einzelne zusammengeschlagene Polizist Erbarmen verdiene oder nicht.

Die CSU ist in Alarmstimmung. Falsch war offenbar nicht nur die Taktik der Polizei, sondern auch die Taktik der

führenden Politiker, auf der jene fußt. Zuerst herrschte die Meinung vor, daß Taktik überflüssig sei, weil die Wiederaufarbeitungsanlage keine politischen Schwierigkeiten mit sich bringen werde.

„Auch jetzt, da es nach der Ablösung des Polizeipräsidenten Friker um so etwas wie eine neue Taktik gehen soll, ist Strauß bei den Beratungen zugegen. Allerdings wird der Handlungsspielraum, den das Gesetz den Beamten überläßt, dadurch nicht größer. Die SPD hat geunnt, die neue Linie werde in der ausdrücklichen Erlaubnis bestehen, in Notsituationen von der Schußwaffe Gebrauch zu machen. Als die Polizisten „wie die Hasen“ um ihr Leben liefen, fiel aus einem Hubschrauber Reizgas, aber kein gezielter Schuß. Die Polizei, deren Angehörige über die vielen Sonntagsdienste klagen, hat sich mittlerweile darauf beschränkt, mehr Planstellen zu fordern, die ihr auch von Strauß prompt versprochen wurden.

Im Wahlkampf hat Strauß neulich gesagt, falls „Tschernobyl“ sich wiederholen sollte, wäre die Destabilisierung der Bundesrepublik erreicht - und, wie hinzugedacht werden darf, „Wackersdorf“ politisch nicht mehr durchsetzbar.

WAA: Landratsamt verbietet Kundgebung direkt am Bauzaun

7. 6.

Konflikt um Demonstration

SCHWANDORF - Zwischen den Bürgerinitiativen in der Oberpfalz gegen die atomare Wiederaufarbeitungsanlage bei Wackersdorf und dem Schwandorfer Landrat Hans Schuierer (SPD) kam es zum Konflikt um den Veranstaltungsort einer für den 7. Juni geplanten Großdemonstration gegen die WAA.

Schuierer hatte die Genehmigung einer Demonstration in unmittelbarer Nähe des Sicherheitszauns um das Baugelände der WAA verweigert und den antragstellenden Bürgerinitiativen einen 500 Meter vom Zaun entfernten Demonstrations- und Kundgebungsort vorgeschlagen.

Die Vertreter der acht Initiativen, die 20 000 Teilnehmer erwarten, hätten aber auf ihrem Antrag beharrt und wollten jetzt das Verwaltungsgericht in Regensburg anrufen, um eine Genehmigung zu erzwingen, meinte Schuierer. Er habe mit der Polizeiführung Gespräche geführt, und man sei zu der gemeinsamen Überzeugung gekommen, daß zum Zaun ein Abstand gehalten werden solle, um mögliche Auseinandersetzungen zu vermeiden. Er sei zu seiner Entscheidung nicht von übergeordneten Behörden aufgefordert worden.

NN
28.5.86

■ Das Bürgerforum wollte die Demonstration entweder am Roten Kreuz oder am bisherigen „Versammlungsplatz“, einige hundert Meter vom Bauzaun entfernt, durchführen. Das Landratsamt Schwandorf lehnte dies „auf Anweisung der Regierung der Oberpfalz“ ab. Begründet wurde dies damit, daß unter anderem die Eigentümer der Grundstücke (die DWK und die Gemeinde Wackersdorf) damit nicht einverstanden seien. Außerdem seien, nach den Ereignissen vom Pfingstwochenende, Ausschreitungen am Rande der Kundgebung zu befürchten. Der geplante Versammlungsort liege aus diesem Grund viel zu nahe am Bauzaun. Nach den Erfahrungen von Pfingsten müsse auch mit der Verwendung von Molotow-Cocktails gerechnet werden, wodurch Waldbrandgefahr bestehe. Außerdem ist im Ablehnungsbescheid von der Gefahr eines Verkehrschaos die Rede.

■ Die Veranstaltung darf deshalb nicht in einem Bereich durchgeführt werden, der im Westen von der Autobahn Regensburg-Weiden, im Norden von der Straße Schwarzenfeld-Neunburg vorm Wald, im Osten von der Straße Neunburg-Bodenwöhr, im Süden von der Bundesstraße Schwandorf-Cham begrenzt wird.

MBZ
1.6.86

Aber 1986 war nichts mehr normal. Rund fünfzig Anti-AKW-Gruppen aus ganz Norddeutschland, Landesverbände der Grünen und militante Autonome inklusive, einigten sich auf die Forderung „Sofortige Stilllegung aller Atomanlagen! Brokdorf darf nie ans Netz!“ „Solange das mörderische Atomprogramm weitergeführt wird“, hieß es in dem Aufruf, „sind alle Formen des Widerstands – Demonstrationen und Großaktionen, Blockaden, direkte Aktionen, ziviler Ungehorsam und Volksentscheide sowie die Anti-AKW-Arbeit in den Parlamenten – legitim und notwendig.“

Die alte Diskussion über die Gewalt wurde bei der Vorbereitung der Brokdorf-Demonstration gar nicht erst geführt. Der Widerstand soll „wirkungsvoll sein, ohne daß Menschen gefährdet werden“, hieß es kurz und bündig in dem Aufruf;

Die Zeit 13.6.86

die „Geschlossenheit“ der Demonstranten solle Gewähr dafür sein, daß „niemand gegen seinen Willen einer direkten Gefährdung ausgesetzt ist“.

Selbst im Aufruf der „Christinnen und Christen aus Nordelbien“ heißt es, man werde sich „nicht von solchen Menschen und Gruppen distanzieren, die andere Formen des Widerstandes als wir selbst anwenden, auch wenn wir uns nicht in jedem Fall mit ihnen identifizieren“. Ein prominentes Mitglied der Grünen in Bonn kann diese ambivalente Haltung auch plausibel begründen: „Wir müssen eine Spaltung der Bewegung verhindern. Bleiben die Gewaltfreien nicht im Gespräch mit den Autonomen, werden diese isoliert und noch gewalttätiger.“ Die Autonomen ihrerseits verhöhnen die Sozialdemokraten und Grünen als „rot-grüne Kollaborateure“ des Staates.

Heiner Matthies, Diplomingenieur und Lehrbeauftragter an der Technischen Universität Berlin, ist voll Hoffnung: „Zum erstenmal haben wir eine realistische Chance, das Atomprogramm zu stoppen.“ Matthies ist einer der ganz wenigen alten Anti-AKW-Aktivistinnen, die nun wieder dabei sind.

Fast 100 000 Bundesbürger beteiligten sich an Demonstrationen

Proteste gegen die Kernkraft von Ausschreitungen begleitet

NN 9.6.86

Zusammenstöße am Rand der Kundgebungen in Wackersdorf und Brokdorf – 500 Verletzte auf beiden Seiten – Kritik an der Polizei

NÜRNBERG – Fast 100 000 Menschen haben am Wochenende an mehreren Orten des Bundesgebiets gegen die weitere Nutzung der Kernkraft demonstriert.

Während der Umwelttag in Würzburg (siehe untenstehenden Bericht) und Kundgebungen am Hochtemperaturreaktor in Hamm, am Kernkraftwerk Grafenrheinfeld (bei Schweinfurt) und in München ohne jeden Zwischenfall verliefen, kam es bei den weitaus größten Protestaktionen am Baugelände in Wackersdorf und am Kernkraftwerk Brokdorf (Untereifel) erneut auch zu schweren Ausschreitungen zwischen der Polizei und einer Minderheit von gewalttätigen Demonstranten.

Die vorläufige Bilanz: Insgesamt wurden über 100 Polizisten und möglicherweise mehr als 400 Demonstranten verletzt. Die Sicherheitsbehörden meldeten fast 200 Festnahmen.

Die Auseinandersetzungen setzten sich gestern fort: Am Bauzaun in Wackersdorf ging die Polizei mit Wasserwerfern und Reizgas gegen Vermummte vor, welche die Beamten mit Steinen und Molotowcocktails attackiert hatten. In Hamburg entwickelten sich Zusammenstöße zwischen der Polizei und Angehörigen von „autonomen Gruppen“ einer regelrechten Straßenschlacht, in deren Verlauf noch einmal mehr als 200 Demonstranten festgenommen wurden.

Nach der Katastrophe von Tschernobyl ist die deutsche Anti-AKW-Bewegung wiederauferstanden. Allein am 7. Juni demonstrierten Zehntausende für eine Stilllegung aller Kernkraftwerke. Mit nie dagewesener Härte reagierte Staat und Polizei: Demonstrationsverbot, Autobahnsperrungen, Gasangriffe, Massenfestsetzung

NZ 9.6.86

Zu den heftigen Kämpfen zwischen starken Polizeikräften und zum Teil vermummten Demonstranten in Wackersdorf war es gekommen, obwohl in einem Umkreis von 100 Quadratkilometern um das Baugelände durch gerichtliche Entscheidungen bis in die letzte Instanz zum Bundesverfassungsgericht alle Aktionen verboten worden waren. Rund 30 000 WAA-Gegner hatten sich nach Angaben der Veranstalter in Wackersdorf zusammengefunden, die Polizei sprach von etwa 15 000 Demonstranten. Bei den Auseinandersetzungen am Bauzaun wurden 40 Personen festgenommen, von denen drei am Sonntag dem Ermittlungsrichter in Amberg vorgeführt wurden. Die anderen 37 befanden sich wieder auf freiem Fuß.

Krawalle am Bauzaun

NZ 9.6.86

In Wackersdorf kam es trotz Demonstrationsverbots zu harten Auseinandersetzungen —

Offensive Strategie praktiziert
WAA-Demonstranten wurden schon im Vorfeld des Bauzaunes abgefangen

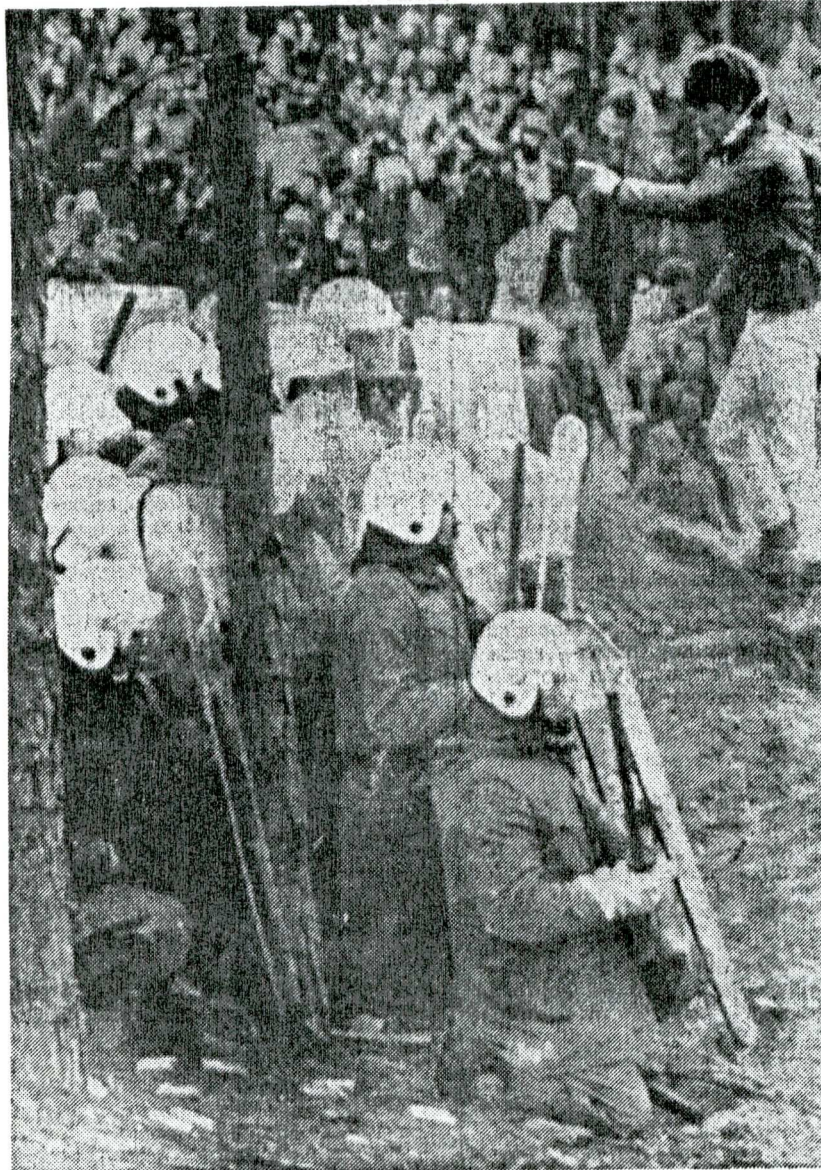
NN 9.6.86

der Versuch der Polizei, die Steinwerfer zu isolieren, mißlingt. Ein Vermummter läuft mit Farbbeuteln — niemand weiß, wie er sie durch die strengen Polizeikontrollen auf den Anfahrtswegen zum Taxölderner Forst geschmuggelt hat — zum Bauzaun. Auf die Frage Warum? antwortet er: „Die können etwas Farbe brauchen.“ Die Auseinandersetzungen ringsum gehen weiter. Verletzte Durchnäste, Angstliche und Verzweifelte hasten panikartig durcheinander.

Bei den Sanitätern herrscht Hochbetrieb. Über 100 Verletzte müssen notdürftig verarztet werden, vor allem Platzwunden. „Die Polizisten knüppelten einfach wahllos auf mich ein“, sagt ein junger Mann mit blutüberströmtem Gesicht. Eine Ärztin kann keine weiteren Auskünfte geben, denn gerade wird eine Frau herbeigetragen, die sichtbar unter Schock steht. Ein Notarzt wird angefordert. Es ist sehr schwer, einen Überblick zu behalten.

Immer wieder Schreie und „Haut ab“-Sprech-Chöre aus der Ferne. Inzwischen machen sich viele auf den Rückweg. Die Polizei-Einheiten drängen die Menschen in dichter „Mauer“ immer weiter ab vom Baugelände.

Wieder ist eine Schlacht geschlagen, wie sie für die Polizei fast an jedem Wochenende schon zur verhaßten Routine geworden ist. „Wie lange“, fragt einer der jungen Beamten, „soll das noch so weitergehen?“ Und er weiß: „Wir stehen doch hier für eine politische Sache.“



Hinter ihren Schutzschilden suchten Polizeibeamte in Wackersdorf vor einem Steinhaapel der Chaoten Deckung. Foto: ...

Die Polizei (3300 Mann einschließlich 36 Angehöriger der GSG 9) ließ den Demonstrantenstrom ungehindert zum Zaun wandern, kontrollierte jedoch alle Taschen und unterzog fast alle Personen einer Leibesvisitation. Rund um den Bauzaun gruppierten sich Polizisten in etwa 50 Mann starken Gruppen im Abstand von etwa 100 Metern.

Welt am Sonntag
8.10.86

Wackersdorf: Die Polizei ging diesmal vor dem Bauzaun der WAA in Stellung

Neue Taktik, mehr Konfrontation

WACKERSDORF. — Die neue Polizeitaktik in Wackersdorf nach der Absetzung des bisherigen oberpfälzischen Polizeipräsidenten Hermann Friker schien zunächst erfolgversprechend. Ungehindert ließen die Beamten die zehntausende von WAA-Gegnern nach eingehenden Kontrollen trotz des Demonstrationsverbotes zum Bauzaun der atomaren Wiederaufarbeitungsanlage (WAA) ziehen. Rund um das Baugelände bestimmten weißbehelmte, etwa 50 Mann starke Polizeigruppen das Bild.

Über zwei Stunden herrschte Ruhe, der „Waldspaziergang“ am Zaun verlief friedlich. Nach zwei Stunden änderte sich die Situation jedoch schlagartig. In der Nordwestkurve des Geländes prasselten Steine und Holzknüppel auf einen Wagen des Bundesgrenzschutzes, der unmittelbar hinter den Stahlgitterstreben des Zaunes steht. Plötzlich brennt das Auto unterhalb der Windschutzscheibe. Ein Molotow-Cocktail hat getroffen. Kurze Zeit später sind die Flammen gelöscht, jetzt zieht zur Polizei vor dem Zaun Verstärkung auf.

Wie aus dem Erdboden gezaubert beginnen rund 100 mit Motorradsturmhelmen verummte WAA-Gegner die Einsatzkräfte mit Steinen, Flaschen und Holzknüppel zu attackieren, aus dem Hintergrund

schießen Gewalttäter mit Steinschleudern. Die Polizei weicht zunächst zurück. Unvermutet brechen einige Beamte aus, „greifen“ sich einen Steinwerfer und bilden wieder einen Schutzring aus ihren Plastikschilden. Ein wahrer Steineregen ist die Antwort der Gegenseite. So wogt der Kampf hin und her. Kurzfristig sind die Vermummten in der Offensive, dann reagiert wieder die Polizei. Auf beiden Seiten gibt es Verletzte.

Als die Steinwürfe nicht enden wollen, wirft ein Beamter die erste Gasgranate unter die Demonstranten. Sofort ist ein Vermummter mit Gasmaske zur Stelle und schleudert das Geschoss in Richtung Polizei zurück. Doch trudelnd wie ein Bumerang landet die Granate wieder unter den Protestierenden. Ein Demonstrant verliert drei Finger sei-

ner Hand, als er einen Blendschockwurfkörper mit einer Gasgranate verwechselt und diesen zurückwerfen will. Er explodiert ihm in der Hand. Schwer verletzt wird er mit dem Hubschrauber nach München transportiert. Als an einer Stelle der Zaun attackiert wird, kommt es am späten Nachmittag erstmals zum Einsatz von Wasserwerfern mit Reizstoffzumischung. Nach knapp drei Stunden ebbt die Kämpfe im Dauernieselregen im völlig durchweichenden Sand-Lehmboden ab.

Im Gegensatz zu den Krawallen am Bauzaun zu Pfingsten wurde der Zaun selbst diesmal fast nicht attackiert, dafür kam es zu mehr direkter Konfrontation zwischen Polizeibeamten und Gewalttätern. War die größte Aggressivität bisher gegen den einbetonierten Stahlzaun gerichtet, traf sie an diesem Wochenende auf die Beamten, die einen „lebenden Zaun“ vor der Mauer bilden mußten. Trotz der sichtbaren Präsenz der Polizei außerhalb des umzäunten Baugeländes konnten auch mit der neuen Taktik gewalttätige Ausschreitungen nicht unterbunden werden. *Nikolaus Dominik*

NZ 9.6.86

Als die einen gingen, kamen andere erst an

In Brokdorf verhinderte die Polizei eine geschlossene Großdemonstration vor dem Atomkraftwerk

Die Veranstalter warfen der Polizei am Sonntag vor, das Demonstrationsrecht außer Kraft gesetzt und massive Gewalt gegen die Demonstranten eingesetzt zu haben. Die friedliche Kundgebung vor dem Gelände des Kraftwerks sei durch Wasserwerfereinsätze mit CS- und CN-Gasbeimengungen aufgelöst worden. Dabei seien lebensgefährliche Situationen entstanden. Durch das Gas seien mehrere Menschen schwer verletzt worden. Die Gaseinsätze gegen Demonstranten hätten auch nach Auflösung der Kundgebung weiter stattgefunden.

Ein Großteil der aus Hamburg kommenden Demonstranten war bereits in dem Ort Kleve von der Polizei an der Weiterfahrt nach Brokdorf behindert worden, wie die Veranstalter berichteten. Dabei seien mit Maschinenpistolen ausgerüstete Beamte eingesetzt worden. Eine dieser Waffen wurde entwendet. Es habe zahlreiche Schwerverletzte gegeben. Durch Schlagstockeinsatz und Steinwürfe hätten Bundesgrenzschutz und Polizei etwa 80 Fahrzeuge beschädigt, zwei weitere Fahrzeuge seien ausgebrannt.

FR
9.6.86

Ein hoher Polizeioffizier sagte am Samstagabend: „Wir haben dieses Mal nicht nur reagiert, wir haben auch aktiv auf das Geschehen Einfluß genommen.“

Zu diesen Aktivitäten mag vor allem die Zersplitterung der Demonstration gezählt haben und der Versuch, die Militanten von den anderen zu trennen. Die Zersplitterung ist gewiß gelungen, doch es sieht so aus, als ob auf diese Weise auch das Demonstrations-Recht erheblich beeinträchtigt worden ist.

Anzumerken bleibt, daß die Beobachtung solcher Aufmärsche für die Journalisten immer schwieriger wird. Viel von dem, was geschieht, entzieht sich ihrem Blick. Die Information durch die Beteiligten vor Ort tritt an diese Stelle. Eine besondere Form der Nachrichtengebung wurde am Samstag im Polizeihochhaus von Itzehoe vorgeführt. Dort konnten die Korrespondenten an Monitoren das Geschehen beobachten, das ihnen von der Polizei in den Saal geliefert wurde. Eine Demonstration aus amtlicher Sicht sozusagen.

Die Zeit
13.6.86

NN
9.6.86

An der Demonstration in Brokdorf hatten sich rund 40 000 Menschen beteiligt. Weitere 15 000 (Angabe der Polizei) bis 40 000 (Schätzungen der Veranstalter) kamen nicht rechtzeitig zum Kundgebungsgelände, weil die Polizei das Gebiet weiträumig abgesperrt und strenge Kontrollen angeordnet hatte. Einige Busse wurden schon in der Gegend von Hamburg gründlich durchsucht.

Die Protestaktionen verliefen weitgehend friedlich, allerdings lieferten rund tausend gewalttätige Teilnehmer, die nach Auskunft eines

Polizeisprechers mit „bisher nicht bekannter Brutalität“ vorgingen, den etwa 5000 Beamten heftige Auseinandersetzungen. Die Polizei setzte zunächst Tränengas ein und räumte dann unter Einsatz von Schlagstöcken, Wasserwerfern und Reizgas den Kundgebungsplatz. Zum schwersten Zusammenstoß war es allerdings bei Kontrollen in Kleve bei Brokdorf gekommen, als Polizisten mit Leuchtpistolen und Stahlkugeln attackiert wurden und ein Fahrzeug in Flammen aufging.

Samstagmittag, 12.15 Uhr an der Ortseinfahrt des Dörfchens Kleve, 25 Kilometer vor Brokdorf. Ein fünf Kilometer langer Konvoi aus Hamburg - 79 Busse und mehr als 300 PKW mit rund 12 000 Demonstranten - stoppt vor einer vierzig Mann starken Polizeisperre. Offizielle Begründung für die Absperrung: Man müsse den Zug nach Waffen und Straftätern durchsuchen. Die Leute an der

Spitze des Konvois wollen eine Kontrolle, die Stunden beansprucht hätte, nicht zulassen.

Die Bürgerinitiative Umweltschutz Unterelbe (BUU) erklärt am Tag darauf, Polizisten seien „sofort auf einen der ersten Wagen losgegangen“ und hätten die Insassen verprügelt. Erst danach hätten Demonstranten die Beamten attackiert. Augenzeugen berichten: Unmittelbar nach Beginn der Krawalle stürmten von rechts und links der Straße Polizeieinheiten hinzu. Die Pkw-Insassen wurden aus den Autos gezerrt und „sofort zusammengeschlagen“. Anschließend fing die Polizei an, die Wagen zu demolieren: Reifen wurden zerstochen, Heckscheiben eingeschlagen, Spiegel abgeknickt, Steuer verbogen, Thermosflaschen zertrampelt, Nudelsalat zerstreut. Am Ende standen 68 Wagen manövrierunfähig auf der Straße.

Die Zeit
13.6.86



Kurz vor dem Zusammenstoß; Polizisten und „Autonome“

(Bild:AP)



DIE ANTI-ATOMKRAFTDEMONSTRATION als Medienereignis: Fotografen filmen die Räumung der Zufahrtsstraßen zum Atomkraftwerk Brokdorf durch die Polizei. (Bild: dpa)



Während der Brokdorf-Demo wollen zwei Polizisten eine ältere Demonstrantin schützen. Doch sie reißt sich los und will flüchten. Später bringt ein Beamter sie in Sicherheit.

FR
9.6.86

Bild 9.6.86

Geladene MP verschwunden

Ein Chaot schlägt einem Polizisten eine Eisenstange über den Kopf. Schädelbruch. Der Chaot entwendet eine geladene Maschinenpistole. Er wird verhaftet, die MP bleibt verschwunden.

Dreizehn Stunden eingekesselt



Hamburg am Sonntag, 12 Uhr: Auf dem Heiligengeistfeld im Stadtteil St. Pauli versammeln sich mehr als 800 Atomkraftgegner zu einer spontanen Demonstration gegen die - so ein Sprecher - „Polizeiprovokationen“ im Vortag in Brokdorf. Plötzlich - der geplante Aufmarsch hat noch gar nicht begonnen - kesseln fünf Hundertschaften der Polizei die Demonstranten ein: ohne Vorwarnung, ohne Aufforderung, den Platz zu verlassen. Um 12.21 Uhr ist der Kordon dicht.

Später ankommende Protestierer fordern lautstark, die völlig überraschten Demonstranten innerhalb des Polizeikessels ziehen zu lassen; sie werden weggeknüppelt. Mehrere Stunden lang bleibt daraufhin im benachbarten Karolinenviertel eine erbitterte Straßenschlacht. Die Ordnungspolizei ordert Verstärkung: Bundesgrenzschutz-Einheiten, Mobile Einsatzkommandos und Polizisten aus Nordrhein-Westfalen, die auf dem Weg von Brokdorf sind.

Die derweil Umzingelten (darunter sind ein Autor samt Gemeindegliedern, Grüne und Jusos, Mitglieder der DKP und des Aktionskreises sowie ein Häuflein Autonome aus Hamburg und Berlin) werden einzeln abgeführt, durchsucht, fotografiert und auf die Polizeistationen der Stadt verfrachtet. Am Montag, 1.15 Uhr, ist die gespenstische Staatsaktion auf dem Heiligengeistfeld vollbracht. Nach 13 Stunden Einkesselung unter freiem Himmel wird der letzte Demonstrant abgeführt.

Stolz verwies die Polizei dagegen auf „die Waffen, die wir auf dem Platz gefunden haben“. Sicherergestellt wurden 7 Zwillen mit dazugehöriger Munition, 2 Gasrevolver (waffenscheinfrei) samt Gaspatronen und Leuchtkugeln, 1 Schlagstock mit Gasschutzvorrichtung, 4 Taschenmesser, 1 Teppichmesser, 1 Fallmesser, 11 Motorradhelme, 25 Paar Arbeitshandschuhe, mehrere Schienbeinschützer, über 100 Ski- und Motorradmützen, Steine. Nur: „Wem dies alles gehörte“, sagte am Einsatzort schulterzuckend ein Beamter, „das ist leider nicht mehr festzustellen.“

Im Verhältnis zur Dauer der Aktion und zur Anzahl der Betroffenen ist die Ausbeute eher mager. Honka sieht dennoch einen Erfolg: „Von denen, die nichts dabei hatten, kann ich natürlich nicht sagen, daß sie nicht auch etwas gemacht hätten.“ Diese Begründung freilich paßt auf jede Protestaktion, ob angemeldet oder nicht. Beschlossen wurde die in der Bundesrepublik bisher einmalige Massensistierung am Sonntagvormittag im Hamburger Polizeipräsidium. „Uns lagen Hinweise vor, daß sich Gewaltbereite zu dieser Demonstration treffen wollten“, verteidigt Honka seine neue Polizeitaktik; man habe „die Versammlung deshalb nach dem Polizeirecht abgehandelt, um Gefahr für die öffentliche Sicherheit abzuwenden.“

Der politisch Verantwortliche, Innensenator Rolf Lange (SPD), gab noch am Nachmittag vor einer eilends einberufenen Pressekonferenz seinen Segen: Die Polizei habe eine „Schneise der Gewalt durch diese Stadt verhindert“, lobte er vorschnell. Die Demonstranten bezeichnete er als „Autonome, Anarchisten und Leute aus dem RAF-Umfeld“. Als Grund für die Umzingelung nannte Lange „Steinwürfe auf Polizisten“. Und so ging die Meldung über Rundfunk und Fernsehen. Zu kurz kam dabei der wahre Sachverhalt: Erst die polizeiliche „Präventivmaßnahme“ (so der stellvertretende Einsatzleiter Kirschberger) hatte Steinwerfer und Straßenkämpfer außerhalb des Polizeikordons zum Gegenschlag angestachelt. Dies bestätigt indirekt sogar Kirschberger selber: Von den Eingeschlossenen, sagt der Hauptkommissar, „gab es keine Straftaten“.

: Als kurz vor Mitternacht rund 40 hanseatische Taxifahrer mit einem Hupkonzert dagegen protestieren, daß immer noch Straßen abgeriegelt sind, werden sie nach wenigen Minuten mit einem ablosen Knüppelinsatz vertrieben. Dazu am nächsten Tag der stellvertretende Hamburger Polizeipräsident Alfred Honka: „Weiß der Kuk-

Mehr Richter für WAA- Prozesse

cis. Nürnberg - „Wackersdorf schafft Arbeitsplätze“, mit diesem Slogan wirbt die Betreiberfirma für das umkämpfte und umstrittene Bauprojekt der Wiederaufarbeitungsanlage für Atomwaste in der Oberpfalz. Das stimmt zumindest am Rande: Denn die dortige Justiz muß Richter- und Staatsanwaltschaften aufstocken, um die Flut der Verfahren gegen Wackersdorf-Demonstranten zu bewältigen.

Laut Auskunft des Nürnberger Justizpressesprechers Werner Guerrein wurden die auf dem Papier bestehenden achteinhalb Richterposten am Amtsgericht Schwandorf bereits um zwei Beamte verstärkt, ein weiterer wird noch gesucht.

Entsprechende Anfragen gingen auch an die Nürnberger Amtsrichter. Aber keiner der unabhängigen Rechtsprecher fand sich bislang bereit zur drei- bis viermonatigen Versetzung in den Oberpfälzer Krisenherd.

Bereits aus Nürnberg abgeordnet wurden nacheinander zwei junge, weisungsgebundene Staatsanwälte, um ihre in Arbeit versinkenden Kollegen an der zuständigen Dienststelle in Amberg zu entlasten. Insgesamt soll dort die Zahl von achteinhalb auf zwölf Anklagevertreter aufgestockt werden.

Derzeit sind, so Guerrein, 1629 Ermittlungs- und 262 Strafverfahren dort anhängig. Die Vorwürfe gehen von Landfriedensbruch über Körperverletzung bis hin zu Widerstand und versuchter Gefangenentbefreiung.

„Weil die Verfahren im Interesse aller Beteiligten möglichst rasch abgewickelt werden müssen“, erklärte der Justizpressesprecher, „werden zur personellen Verstärkung trotz landesweiter Personalengpässe Leute von anderen Gerichten abgezogen“. Die Schaffung neuer Planstellen sei erst ab 1987 in Sicht.

AZ
14.6.86

Zwei weitere Hundertschaften der Polizei Debatte um die WAA

CSU verstärkt Streitmacht in Wackersdorf

MÜNCHEN - Die CSU verlangte im Plenum des Landtags während einer mehrstündigen Debatte über die Wiederaufarbeitungsanlage nachdrücklich den Ausbau der Polizei um mindestens zwei Hundertschaften. Dies sei eine „erste Maßnahme“, der nach Aufstellung des Doppelhaushalts 1987/88 weitere folgen müßten, meinte der CSU-Sicherheitsexperte Günther Beckstein.

Der SPD-Abgeordnete und stellvertretende Schwandorfer Landrat Dietmar Zierer nannte dagegen die WAA „politisch und polizeitaktisch nicht mehr durchsetzbar“. Statt des Polizeiausbaus für Wackersdorf forderte die SPD in einem Dringlichkeitsantrag, den „Anlaß der Auseinandersetzungen“ zu beseitigen und die Teilerrichtungsgenehmigung für die WAA zurückzunehmen.

NN 13.6.86

Penner fordert Schnellgerichte

Schnellgerichte zur Aburteilung von Gewalttättern hat der SPD-Innenpolitiker Wilfried Penner gefordert.

Butz sprach außerdem von einer „überraschenden Brutalität“ und von „neuen Arten des bewaffneten Kampfes“. Dem habe die Polizei nur passive Schutzmöglichkeiten entgegenzusetzen. Zwischen Schlagstock und Schußwaffe bestehe eine Lücke in den polizeilichen Mitteln.

Dagegen betonte Bundesjustizminister Hans Engelhard (FDP), die Lösung liege in der Entwicklung geeigneter polizeitaktischer Maßnahmen. Er wandte sich erneut gegen eine Änderung des Demonstrationsstrafrechts und betonte, die Ausschreitungen vom Wochenende seien nach geltendem Recht als Straftaten faßbar.

Zimmermann fordert Verschärfung des Demonstrationsstrafrechts

„Tatbestand des Landfriedensbruchs wieder einführen“ / Widerstand der FDP

FAZ 12.6.86

ban. BONN, 11. Juni. Nach den von Gewalttätigkeiten begleiteten Antikernkraftkundgebungen der vergangenen Wochen sind am Mittwoch die Meinungsverschiedenheiten in der Bonner Koalition über eine neuerliche Änderung des Demonstrationsstrafrechts während der Sitzung des Bundeskabinetts zur Sprache gekommen. Innenminister Zimmermann (CSU), der dem Bundeskabinett über die Ausschreitungen in Brokdorf, Hamburg und Wackersdorf berichtete, trug die in der Union verbreitete Forderung nach einer Gesetzesänderung vor. Diese war in den vergangenen Tagen und am Mittwoch ein weiteres Mal von Justizminister Engelhard (FDP) mit dem Hinweis abgelehnt worden, das geltende Recht reiche aus. Zimmermann sagte, die gewalttätigen Aktionen hätten bestätigt, daß die Einstufung der Vermummung und der passiven Bewaffnung als Ordnungswidrigkeit „völlig unzureichend“ sei. Er forderte, daß unter dem „Gesichtspunkt der Abschreckung“ die Vermummung ein Straftatbestand werden müsse. „Außerdem wiederholen wir unsere Forde-

zung, den alten Landfriedensbruchtatbestand wieder einzuführen.“

Damit meinte Zimmermann die Rechtslage bis zum Jahr 1970, wonach sich bei einer gewalttätigen Zusammenrottung alle Anwesenden strafbar machen, unabhängig von ihrer persönlichen Gewaltanwendung. Zimmermann begründete das im Kabinett mit dem Satz: „Denn wer sich bei kriminellen Handlungen — wie sie in Wackersdorf und Brokdorf geschehen sind — nicht entfernt und durch seine Anwesenheit den Gewalttätern Schutz gewährt, macht sich mitschuldig an den Ausschreitungen.“ Justizminister Engelhard sagte, zwar müsse gegen die Gewalttäter „mit der Härte des Gesetzes vorgegangen werden“. Gesetzliche Regelungen im Demonstrationsstrafrecht aber halte er „nicht für erforderlich“, nachdem das Strafgesetzbuch erst im vergangenen Jahr ergänzt worden sei. Vielmehr müsse überlegt werden, „das geltende Recht konsequenter und effektiver anzuwenden“. Engelhard nannte den Einsatz von „Staatsanwälten vor Ort“ als ein Beispiel. Der FDP-Vorsitzende Bangemann sprach im Rundfunk

von einer Überlastung der Gerichte und forderte, „gerade bei Gewalttaten sollten die Urteile schneller gesprochen werden“. Gegen die Wünsche der Union nach einer Gesetzesänderung sagte er, nun müsse das geltende „gute Recht auch konsequent angewandt“ werden.

Zimmermann berichtete dem Kabinett, bei den jüngsten Ausschreitungen seien 187 Polizeibeamte verletzt worden, 27 darunter schwer. Die Störgruppen hätten die Polizei mit Stahlkugeln, Krampengeschossen und Steinen angegriffen. Die Chaoten seien in geschlossenen Konvois angeeignet, die Kennzeichen der Fahrzeuge seien verdeckt gewesen. „Das Gewaltpotential agierte im Schutz friedlicher Demonstranten“, wobei auch Kinder die Polizeiaktionen behindert hätten. Neben den rechtlichen Konsequenzen trug Zimmermann auch die Forderung vor, die Bereitschaftspolizeien der Länder sowie der Bundesgrenzschutz müßten personell und materiell verstärkt werden. An diesem Donnerstag werden sich die Innenminister des Bundes und der Länder auf einer Sonderkonferenz in Bonn treffen. (Fortsetzung Seite 2.)

Die „Autonomen“ / „Schnellere Bestrafung“

Bundesjustizminister Engelhard (FDP) trat den Forderungen in der Union nach einer „Verschärfung“ des Demonstrationsstrafrechtes entgegen. Das sei zwar eine „emotional verständliche Reaktion“, aber bei „nüchterner Überlegung“ sei es ein „untaugliches Mittel gegen die Gewalt“. Engelhard sagte, die Gewalttätigkeiten in Brokdorf, Wackersdorf und Hamburg seien schon jetzt nach geltendem Recht als Straftaten „faßbar“. Deshalb seien neue Gesetze nicht nötig, sondern es müsse überlegt werden, wie das geltende Recht „konsequenter und effektiver“ angewendet werden könne. Engelhard forderte: „Es muß alles darangesetzt werden, noch mehr Gewalttäter bei Demonstrationen dingfest zu machen. Das wird aber nicht erreicht durch eine Änderung der Gesetze.“

Bei den Sicherheitsbehörden wurde am Montag Hinweisen aus der Union widersprochen, bei den sogenannten

„Autonomen“ Gruppen gebe es eine zentrale Steuerung; dies sei bisher nicht festgestellt worden, auch wenn sich die „Autonomen“ im vergangenen Jahr auf einigen Treffen versammelt hätten. Die Gewalttäter in Brokdorf und Wackersdorf werden vor allem diesen Gruppen zugerechnet. Die Sicherheitsbehörden rechnen derzeit den „Autonomen“ etwa 2 500 Mitglieder zu. Davon seien etwa 1 500 zu Gewalttätigkeiten bereit. Für eine zentrale Lenkung seien die „Autonomen“ viel zu diffus organisiert. Sie hätten ihre Schwerpunkte in Frankfurt, Freiburg, Hamburg, Hannover und Göttingen sowie — mit abnehmender Tendenz — in Berlin. Über die Finanzierung dieser Gruppen sei den Behörden wenig bekannt. Es sei auszuschließen, hieß es, daß sie von der DDR oder von dem orthodoxen Kommunismus in der Bundesrepublik, also der DKP, Mittel erhielten. Auch gebe es „keine Anhaltspunkte“, daß sie von den

FAZ
10.6.86

Bonn will durchgreifen

Den Krawallmachern soll mit mehr Härte begegnet werden — SPD: Die Gerichte sind oft zu nachsichtig

BONN. — Bundesinnenminister Friedrich Zimmermann will auf der Kabinettsitzung am morgigen Mittwoch über die Gewalttätigkeiten bei den Demonstrationen von Brokdorf, Wackersdorf und Hamburg berichten.

Der Sprecher des Innenministeriums, Michael-Andreas Butz, meinte dazu, es müsse geprüft werden, wie „diesem offenen bewaffneten Kampf“ entgegengetreten werden könne. Die Ausrüstung der Polizei sei dringend zu verbessern. Regierungssprecher Fried-

helm Ost deutete an, daß eventuell eine Sonderkonferenz der Innen- und Justizminister einberufen werden müsse. Dabei gehe es um die Prüfung, wie geltendes Recht konsequenter angewendet werden könne.

Butz sprach von „drei neuen Arten des bewaffneten Kampfes“. In Brokdorf seien Demonstranten im Konvoi mit verdeckten Fahrzeugkennzeichen angeeignet. Aus diesen Bussen seien die Polizisten mit Stahlkugeln beschossen worden.

Der stellvertretende FDP-Vorsitzende Gerhart Baum forderte in einem Interview des „Hamburger Abendblattes“, daß Chaoten und militante Demonstranten sofort einem Staatsanwalt vorgeführt und rasch abgeurteilt werden sollten. Künftig müßten Staatsanwälte auch am Demonstrationsort sein. Das Ermittlungsverfahren müsse sofort eingeleitet werden.

NZ
10.6.86

Vorerst keine schärferen Gesetze

Zimmermann verlangt Verstärkung der Polizei und Verbesserung ihrer Ausrüstung

Von unserer Bonner Redaktion

Bonn, 12. Juni

Ohne greifbares Ergebnis ist eine Sonderkonferenz der Innenminister geblieben, die sich am Donnerstag in Bonn mit Konsequenzen aus den

gewalttätigen Ausschreitungen bei den jüngsten Anti-Kernkraftdemonstrationen in Brokdorf und Wackersdorf beschäftigte. Nach einer mehrstündigen Beratung im Bundesinnenministerium konnten die beteiligten Minister aus Bund und Ländern keinen politischen Beschluß präsentieren; vielmehr äußerten sie sich je nach Parteizugehörigkeit höchst unterschiedlich.

11.6.86

Mit Gewalttätern solidarisch

Zu den Ausschreitungen in Brokdorf und Wackersdorf bemerkt die Westdeutsche Allgemeine Zeitung (Essen):

„Gegen den Ausbau der Kernkraft in der Bundesrepublik sollte demonstriert werden. Doch viel mehr beschäftigt die Auseinandersetzung mit der Gewalt, die dabei erneut zum Ausbruch kam. Das macht den Widersinn des gewaltsamen Protestes deutlich. Er verstärkt nicht die Ziele der friedlichen Mehrheit, er bringt sie vielmehr in Mißkredit. Mit der Gewalt ist in der Bundesrepublik bisher gar nichts verändert worden. Es sind, wie der Fall Tschernobyl zeigt, ganz andere Wirkungskräfte, die das Denken der Menschen und damit auch die Politik beeinflussen. Deshalb bleibt es rätselhaft, warum die Mehrheit der Demonstranten so duldsam ist gegenüber den Chaoten. Es scheint sich darin eine ständig wachsende Feindseligkeit gegenüber dem Staat auszudrücken, der als der gemeinsame Gegner empfunden wird – auch wenn man selber keine Steine auf die Polizisten wirft. Das kann den Staat nicht kaltlassen. Da es nicht die Dummsten sind, die sich auf diese Weise mit den Gewalttätern solidarisieren, ist die Frage, woher diese Feindseligkeit kommt, und wie man sich mit ihr auseinandersetzt, genauso wichtig wie die juristischen und die polizeitaktischen Fragen, die nach solchen Wochenenden der Gewalt immer wieder erörtert werden. Mit den Chaoten würde man nämlich leicht fertig, wenn man sie isolieren könnte, wenn sie keinen Unterschlupf in der Menge fänden. Die Gewalttäter handeln aus der Menge heraus. Die Polizei trifft bei ihrem Einsatz gegen die Gewalttäter auch die anderen.“

Gewalttäter

Die Hannoversche Allgemeine Zeitung schreibt zum Verfassungsschutzbericht:

„Wenn die Tatbestände zutreffen, die Zimmermann als Erkenntnisse des Hamburger Verfassungsschutzes zitiert hat, wenn es also nachweisbare gemeinsame Operationen von Grünen und Alternativen mit kommunistischen Gruppen und militanten Gewalttätern gibt, dann ist nicht mehr zu begreifen, warum etwa die K-Gruppen vom Verfassungsschutz observiert werden dürfen, die Grünen mit Rücksicht auf ihre Anwesenheit in Parlamenten aber nicht. Wer sich an Gewalttaten beteiligt, hat es sich auch gefallen zu lassen, wie ein Gewalttäter behandelt zu werden. Wenn die Innenminister der Länder jetzt von Zimmermann eingeladen worden sind, über neue Abwehrtaktiken gegen neue Bündnisse bei Gewaltanwendungen zu sprechen, sollte dieser Punkt dazugehören.“

Die Wurzel des Krawall-Übels

Zum selben Thema liest man in der Kölnischen Rundschau:

„Kaum eine Protestveranstaltung vor den Toren deutscher Kraftwerke endet friedlich. Anlaß zur Sorge geben jedoch weniger die etwa 1500 Randalierer, die von Demonstration zu Demonstration reisen. Die Polizei wäre sicher in der Lage, dieser Chaoten Herr zu werden, wenn die Beamten von den Politikern dabei unterstützt würden. Beunruhigen muß vielmehr das Verhalten von SPD und Grünen zu diesen Protesten. Die Krawalle von Brokdorf und Wackersdorf lassen schon wieder die Diskussionen über die Verschärfung des Demonstrationsstrafrechts und neue Polizeiwaffen aufflammen. Mit diesen Maßnahmen könnte man vielleicht wirksamer gegen die Chaoten einschreiten. Die Wurzel des Übels wird dadurch aber nicht

beseitigt. Solange Gewalttäter in der Masse von Tausenden Demonstranten Schutz finden und von einer legalen politischen Partei noch unterstützt werden, so lange wird es auch zu Krawallen kommen.“

12.6.86

10.6.86

Zimmermann fordert Verschärfung des Demonstrationsstrafrechts

„Tatbestand des Landfriedensbruchs wieder einführen“ / Widerstand der FDP

FAZ 12.6.86

ban. BONN, 11. Juni. Nach den von Gewalttätigkeiten begleiteten Antikernkraftkundgebungen der vergangenen Wochen sind am Mittwoch die Meinungsverschiedenheiten in der Bonner Koalition über eine neuerliche Änderung des Demonstrationsstrafrechts während der Sitzung des Bundeskabinetts zur Sprache gekommen. Innenminister Zimmermann (CSU), der dem Bundeskabinett über die Ausschreitungen in Brokdorf, Hamburg und Wackersdorf berichtete, trug die in der Union verbreitete Forderung nach einer Gesetzesänderung vor. Diese war in den vergangenen Tagen und am Mittwoch ein weiteres Mal von Justizminister Engelhard (FDP) mit dem Hinweis abgelehnt worden, das geltende Recht reiche aus. Zimmermann sagte, die gewalttätigen Aktionen hätten bestätigt, daß die Einstufung der Vermummung und der passiven Bewaffnung als Ordnungswidrigkeit „völlig unzureichend“ sei. Er forderte, daß unter dem „Gesichtspunkt der Abschreckung“ die Vermummung ein Straftatbestand werden müsse. „Außerdem wiederholen wir unsere Forde-

zung, den alten Landfriedensbruchtatbestand wieder einzuführen.“

Damit meinte Zimmermann die Rechtslage bis zum Jahr 1970, wonach sich bei einer gewalttätigen Zusammenrottung alle Anwesenden strafbar machen, unabhängig von ihrer persönlichen Gewaltanwendung. Zimmermann begründete das im Kabinett mit dem Satz: „Denn wer sich bei kriminellen Handlungen — wie sie in Wackersdorf und Brokdorf geschehen sind — nicht entfernt und durch seine Anwesenheit den Gewalttätern Schutz gewährt, macht sich mitschuldig an den Ausschreitungen.“ Justizminister Engelhard sagte, zwar müsse gegen die Gewalttäter „mit der Härte des Gesetzes vorgegangen werden“. Gesetzliche Regelungen im Demonstrationsstrafrecht aber halte er „nicht für erforderlich“, nachdem das Strafgesetzbuch erst im vergangenen Jahr ergänzt worden sei. Vielmehr müsse überlegt werden, „das geltende Recht konsequenter und effektiver anzuwenden“. Engelhard nannte den Einsatz von „Staatsanwälten vor Ort“ als ein Beispiel. Der FDP-Vorsitzende Bangemann sprach im Rundfunk

von einer Überlastung der Gerichte und forderte, „gerade bei Gewalttaten sollten die Urteile schneller gesprochen werden“. Gegen die Wünsche der Union nach einer Gesetzesänderung sagte er, nun müsse das geltende „gute Recht auch konsequent angewandt“ werden.

Zimmermann berichtete dem Kabinett, bei den jüngsten Ausschreitungen seien 187 Polizeibeamte verletzt worden, 27 darunter schwer. Die Störgruppen hätten die Polizei mit Stahlkugeln, Krampengeschossen und Steinen angegriffen. Die Chaoten seien in geschlossenen Konvois angeeist, die Kennzeichen der Fahrzeuge seien verdeckt gewesen. „Das Gewaltpotential agierte im Schutz friedlicher Demonstranten“, wobei auch Kinder die Polizeiaktionen behindert hätten. Neben den rechtlichen Konsequenzen trug Zimmermann auch die Forderung vor, die Bereitschaftspolizeien der Länder sowie der Bundesgrenzschutz müßten personell und materiell verstärkt werden. An diesem Donnerstag werden sich die Innenminister des Bundes und der Länder auf einer Sonderkonferenz in Bonn treffen. (Fortsetzung Seite 2.)

Die „Autonomen“ / „Schnellere Bestrafung“

Bundesjustizminister Engelhard (FDP) trat den Forderungen in der Union nach einer „Verschärfung“ des Demonstrationsstrafrechtes entgegen. Das sei zwar eine „emotional verständliche Reaktion“, aber bei „nüchterner Überlegung“ sei es ein „untaugliches Mittel gegen die Gewalt“. Engelhard sagte, die Gewalttätigkeiten in Brokdorf, Wackersdorf und Hamburg seien schon jetzt nach geltendem Recht als Straftaten „faßbar“. Deshalb seien neue Gesetze nicht nötig, sondern es müsse überlegt werden, wie das geltende Recht „konsequenter und effektiver“ angewendet werden könne. Engelhard forderte: „Es muß alles darangesetzt werden, noch mehr Gewalttäter bei Demonstrationen dingfest zu machen. Das wird aber nicht erreicht durch eine Änderung der Gesetze.“

Bei den Sicherheitsbehörden wurde am Montag Hinweisen aus der Union widersprochen, bei den sogenannten

„Autonomen“ Gruppen gebe es eine zentrale Steuerung; dies sei bisher nicht festgestellt worden, auch wenn sich die „Autonomen“ im vergangenen Jahr auf einigen Treffen versammelt hätten. Die Gewalttäter in Brokdorf und Wackersdorf werden vor allem diesen Gruppen zugerechnet. Die Sicherheitsbehörden rechnen derzeit den „Autonomen“ etwa 2 500 Mitglieder zu. Davon seien etwa 1 500 zu Gewalttätigkeiten bereit. Für eine zentrale Lenkung seien die „Autonomen“ viel zu diffus organisiert. Sie hätten ihre Schwerpunkte in Frankfurt, Freiburg, Hamburg, Hannover und Göttingen sowie — mit abnehmender Tendenz — in Berlin. Über die Finanzierung dieser Gruppen sei den Behörden wenig bekannt. Es sei auszuschließen, hieß es, daß sie von der DDR oder von dem orthodoxen Kommunismus in der Bundesrepublik, also der DKP, Mittel erhielten. Auch gebe es „keine Anhaltspunkte“, daß sie von den Grünen finanziert würden.

Bonn will durchgreifen

Den Krawallmachern soll mit mehr Härte begegnet werden — SPD: Die Gerichte sind oft zu nachsichtig

BONN. — Bundesinnenminister Friedrich Zimmermann will auf der Kabinettsitzung am morgigen Mittwoch über die Gewalttätigkeiten bei den Demonstrationen von Brokdorf, Wackersdorf und Hamburg berichten.

Der Sprecher des Innenministeriums, Michael-Andreas Butz, meinte dazu, es müsse geprüft werden, wie „diesem offenen bewaffneten Kampf entgegengetreten werden könne. Die Ausrüstung der Polizei sei dringend zu verbessern.“ Regierungssprecher Fried-

helm Ost deutete an, daß eventuell eine Sonderkonferenz der Innen- und Justizminister einberufen werden müsse. Dabei gehe es um die Prüfung, wie geltendes Recht konsequenter angewendet werden könne.

Butz sprach von „drei neuen Arten des bewaffneten Kampfes“. In Brokdorf seien Demonstranten im Konvoi mit verdeckten Fahrzeugkennzeichen angeeist. Aus diesen Bussen seien die Polizisten mit Stahlkugeln beschossen worden.

Der stellvertretende FDP-Vorsitzende Gerhart Baum forderte in einem Interview des „Hamburger Abendblattes“, daß Chaoten und militante Demonstranten sofort einem Staatsanwalt vorgeführt und rasch abgeurteilt werden sollten. Künftig müßten Staatsanwälte auch am Demonstrationsort sein. Das Ermittlungsverfahren müsse sofort eingeleitet werden.

NZ

10.6.86

FAZ

10.6.86

Vorerst keine schärferen Gesetze

Zimmermann verlangt Verstärkung der Polizei und Verbesserung ihrer Ausrüstung

Von unserer Bonner Redaktion

mes Bonn, 12. Juni

Ohne greifbares Ergebnis ist eine Sonderkonferenz der Innenminister geblieben, die sich am Donnerstag in Bonn mit Konsequenzen aus den

gewalttätigen Ausschreitungen bei den jüngsten Anti-Kernkraftdemonstrationen in Brokdorf und Wackersdorf beschäftigte. Nach einer mehrstündigen Beratung im Bundesinnenministerium konnten die beteiligten Minister aus Bund und Ländern keinen politischen Beschluß präsentieren; vielmehr äußerten sie sich je nach Parteizugehörigkeit höchst unterschiedlich.

11.6.86

Mit Gewalttätern solidarisch

Zu den Ausschreitungen in Brokdorf und Wackersdorf bemerkt die Westdeutsche Allgemeine Zeitung (Essen):

„Gegen den Ausbau der Kernkraft in der Bundesrepublik sollte demonstriert werden. Doch viel mehr beschäftigt die Auseinandersetzung mit der Gewalt, die dabei erneut zum Ausbruch kam. Das macht den Widersinn des gewaltsamen Protestes deutlich. Er verstärkt nicht die Ziele der friedlichen Mehrheit, er bringt sie vielmehr in Mißkredit. Mit der Gewalt ist in der Bundesrepublik bisher gar nichts verändert worden. Es sind, wie der Fall Tschernobyl zeigt, ganz andere Wirkungskräfte, die das Denken der Menschen und damit auch die Politik beeinflussen. Deshalb bleibt es rätselhaft, warum die Mehrheit der Demonstranten so duldsam ist gegenüber den Chaoten. Es scheint sich darin eine ständig wachsende Feindseligkeit gegenüber dem Staat auszudrücken, der als der gemeinsame Gegner empfunden wird – auch wenn man selber keine Steine auf die Polizisten wirft. Das kann den Staat nicht kaltfassen. Da es nicht die Dummsten sind, die sich auf diese Weise mit den Gewalttätern solidarisieren, ist die Frage, woher diese Feindseligkeit kommt, und wie man sich mit ihr auseinandersetzt, genauso wichtig wie die juristischen und die polizeitaktischen Fragen, die nach solchen Wochenenden der Gewalt immer wieder erörtert werden. Mit den Chaoten würde man nämlich leicht fertig, wenn man sie isolieren könnte, wenn sie keinen Unterschlupf in der Menge fänden. Die Gewalttäter handeln aus der Menge heraus. Die Polizei trifft bei ihrem Einsatz gegen die Gewalttäter auch die anderen.“

Gewalttäter

Die Hannoversche Allgemeine Zeitung schreibt zum Verfassungsschutzbericht:

„Wenn die Tatbestände zutreffen, die Zimmermann als Erkenntnisse des Hamburger Verfassungsschutzes zitiert hat, wenn es also nachweisbare gemeinsame Operationen von Grünen und Alternativen mit kommunistischen Gruppen und militanten Gewalttätern gibt, dann ist nicht mehr zu begreifen, warum etwa die K-Gruppen vom Verfassungsschutz observiert werden dürfen, die Grünen mit Rücksicht auf ihre Anwesenheit in Parlamenten aber nicht. Wer sich an Gewalttaten beteiligt, hat es sich auch gefallen zu lassen, wie ein Gewalttäter behandelt zu werden. Wenn die Innenminister der Länder jetzt von Zimmermann eingeladen worden sind, über neue Abwehrtaktiken gegen neue Bündnisse bei Gewaltanwendungen zu sprechen, sollte dieser Punkt dazugehören.“

Die Wurzel des Krawall-Übels

Zum selben Thema liest man in der Kölnischen Rundschau:

„Kaum eine Protestveranstaltung vor den Toren deutscher Kraftwerke endet friedlich. Anlaß zur Sorge geben jedoch weniger die etwa 1500 Randalierer, die von Demonstration zu Demonstration reisen. Die Polizei wäre sicher in der Lage, dieser Chaoten Herr zu werden, wenn die Beamten von den Politikern dabei unterstützt würden. Beunruhigen muß vielmehr das Verhalten von SPD und Grünen zu diesen Protesten. Die Krawalle von Brokdorf und Wackersdorf lassen schon wieder die Diskussionen über die Verschärfung des Demonstrationsstrafrechts und neue Polizeiwaffen aufflammen. Mit diesen Maßnahmen könnte man vielleicht wirksamer gegen die Chaoten einschreiten. Die Wurzel des Übels wird dadurch aber nicht

beseitigt. Solange Gewalttäter in der Masse von Tausenden Demonstranten Schutz finden und von einer legalen politischen Partei noch unterstützt werden, so lange wird es auch zu Krawallen kommen.“

12.6.86

10.6.86

Lochte: Gewalttäter nicht mehr politisch isoliert

In Brokdorf gab es ein Zusammengehen mit den Grünen, sagt der Chef des Hamburger

Köln (ddp/dpa)

SZ 11.6.86

Verfassungsschutz

Bei den jüngsten Demonstrationen gegen die Kernenergie ist es militanten Gewalttätern nach Angaben des Leiters des Hamburger Landesamtes für Verfassungsschutz, Christian Lochte, gelungen, ihre politische Isolation zu durchbrechen. So habe es in Brokdorf ein Zusammengehen der Grünen mit den sogenannten Autonomen gegeben, sagte Lochte in einem Interview des Deutschlandfunks. Die „seit Jahr und Tag bekannten“ militanten Gewalttäter hätten den Hamburger Grün-Alternativen vorgeworfen, eine bürgerliche Partei wie andere auch zu sein. Um sich von diesem Vorwurf zu entlasten, hätten die Grün-Alternativen ihre Unterstützung für den Fall zugesagt, daß die Polizei Gewalttäter aufhalten und durchsuchen wolle.

Lochte dazu in einem Interview in den Tagesthemmen/ARD am 9.6. :

Die Militanten (Anarchisten, Sozialrevolutionäre, Autonome) wollen nicht die Kernkraftwerke stilllegen, sondern sie wollen die herrschende Klasse stilllegen, wie sie es nennen. Also: den Staat zerschlagen. Die demo's in Brokdorf und Wackersdorf waren ein Höhepunkt der Radikalität. Sie sind so abgelaufen, wie die Militanten es wollten. In den Vorbereitungstreffen, haben sich alle ihrem Aktionskonzept angeschlossen: gemeinsam handeln, sich nicht trennen lassen sich bei den Kontrollen nichts abnehmen lassen und bis zum geplanten Kundgebungsort durchzubrechen.

Lochte spricht sich gegen neue, schärfere Gesetze aus.

Entscheidend ist für ihn, die "Gewalttäter" politisch zu isolieren, die Diskussion darüber jetzt zu führen, z.B. mit den Grünen, damit sie keine Demo's mehr zusammen mit Militanten vorbereiten.

Lochte wies darauf hin, daß die militanten Gruppen, sobald sie sich stark genug glaubten, ohne jede Vorwarnung massive Überfälle auf Polizeibeamte unternähmen. Nach Tschernobyl hätten diese unverändert kleinen Gruppen Oberwasser bekommen und glaubten „sich alles herausnehmen zu können“. Es komme jetzt darauf an, die Isolation der Militanten von jenen wiederherzustellen, die Gewalt ablehnen. Entschieden sprach sich Lochte gegen eine Verschärfung des Demonstrationsstrafrechts aus: „Davon halte ich gar nichts.“ An den Grundbedingungen, die letztlich zu Ausschreitungen führten, könne damit nichts geändert werden.

Vorlage des Verfassungsschutzberichtes 1985

Die Bereitschaft zu Gewalttaten hat weiter zugenommen

Zimmermann: RAF-Kern wieder so stark wie in 70er Jahren — Auch Neonazis bleiben gefährlich

BONN — Die Bereitschaft zu Gewalttaten hat nach Erkenntnissen der bundesdeutschen Sicherheitsbehörden in den verschiedensten links- und rechtsterroristischen Gruppierungen weiter zugenommen.

Insgesamt stieg die Zahl linksextremistisch motivierter Gewalttaten dem Bericht zufolge im vergangenen Jahr von 1269 auf 1604 an, die Zahl der Terroranschläge von 148 auf 221.

1. Prozeß 7.6.

Der 1. Prozeß im Zusammenhang mit der Demo am 7.6. am Baugelände in Wackersdorf lief am Mo. 16.6. als Schnellgerichtsverfahren in Amberg.

Angeklagt war ein Typ aus Österreich, der seit dem 7.6. in U-Haft war.

Er wurde wegen " 2x versuchter gefährlicher Körperverletzung (Steinewerfen) und Mitführens eines Molli's " zu

9 Monaten auf 3 Jahre Bewährung und 500,-- Geldstrafe verurteilt.